Allgemeiner Anzeiger

Nachrichten für das märkische Sauerland

Gegründet 1901

Bezugsgebühren:
3,10 DM einschließlich Zustellgebühren
Postbezug: 2,70 DM zuzgl. Zustellgebühren
Bestellungen
bei der Geschäftsstelle und den Boten

Anzeigenpreise:
Grundpreis . . . . . 0,15 DM
Amtl. Bekanntmachungen . . 0,10 DM
Stellengesuche . . . . . 0,10 DM
— Anzeigenpreisliste Nr. 2 —

Nr. 85 | Halver, Donnerstag, den 12. April | 1951

Rundfunkansprache an das amerikanische Volk

Truman begründet Mc Arthurs Abberufung

USA wollen Korea-Krieg nicht ausweiten - Friedliche Lösung möglich

dmt. Washington, 12. April

Am Donnerstag 4.30 Uhr deutscher Zeit hielt Präsident Truman über die amerikanischen Rundfunksender eine Ansprache an die amerikanische Nation, in der er die Fernost-Politik der USA und die Ablösung des Generals McArthurs damit begründete, die amerikanische Politik habe bisher einen dritten Weltkrieg verhindern können, und es wäre ein tragischer Irrtum, wenn sie die von General McArthur verlangte Initiative zur Ausweitung des Koreakrieges ergreifen würden.

Truman erklärte, er habe General McArthur von seinen Aemtern abberufen, weil dieser sich mit der amerikanischen Politik einer Lokalisierung des Krieges nicht einverstanden erklärt habe. Seine verschiedenen politischen Erklärungen hätten jedenfalls bewiesen, daß er mit der Politik seiner Regierung nicht einverstanden gewesen sei.

Wirklicher Friede könne erzielt werden, wenn man eine Einigung auf folgender Grundlage zustande bringe:

Erstens müsse der Kampf beendet werden, zweitens müßten konkrete Maßnahmen getroffen werden, um zu garantieren, daß die Feindseligkeiten nicht erneut ausbrechen. Drittens müßte der Aggression ein Ende gesetzt werden. „Wir sind jederzeit bereit, über die Wiederherstellung des Friedens in dem Gebiet (Korea) in Verhandlungen einzutreten. Wir werden aber keine Beschwichtigungspolitik betreiben. Wir sind nur am wirklichen Frieden interessiert.

Wenn die amerikanischen Streitkräfte die Mandschurei und China bombardierten oder die nationalchinesischen Truppen bei einem Landungsmanöver auf dem chinesischen Festland unterstützten, sagte Truman, dann würden die USA in sehr starkem Maße Gefahr laufen, einen allgemeinen Krieg heraufzubeschwören. „Wenn wir diese Dinge tun würden, dann würden wir in einen weitgreifenden Konflikt auf dem asiatischen Kontinent verwickelt werden und unsere Aufgabe würde unermeßlich viel schwerer werden."

Der Kommandowechsel im Fernen Osten, betonte der Präsident, bedeute keinerlei Aenderung der amerikanischen Politik. „Die USA-Regierung werden den Kampf in Korea weiter mit Nachdruck, Entschlossenheit und in dem Bestreben führen, den Feldzug zu einem schnellen und erfolgreichen Abschluß zu bringen."

Wenn sich die Kommunisten darüber klar werden, daß sie die UNO in Korea nicht schlagen können, dann wäre es tollkühn, die Feindseligkeiten über Korea hinauszutragen. Die Kommunisten würden sich dann vielleicht vor Augen führen, daß eine Fortsetzung ihrer Aggression Torheit wäre. Dann könnte auch eine friedliche Lösung in den Bereich der Möglichkeit rücken. Die Tür dazu sei immer offen. Er glaube, den Krieg in Korea begrenzen zu können, um sicherzustellen, daß die kostbaren Leben der amerikanischen Soldaten nicht vergeudet würden und um darauf zu achten, daß die Sicherheit der Freien Welt nicht unbedingt gefährdet werde. Nur mit dem tiefsten Bedauern habe er sich zur Ablösung McArthurs entschlossen, aber die Sache des Weltfriedens sei wichtiger als irgendein einzelner.

Der Kommandowechsel in Tokio

McArthur von der Absetzung völlig überrascht

dmt. Tokio, 11. April

Die Absicht des Präsidenten Truman, dem UNO-Oberkommandierenden in Korea, General McArthur die Nachricht seiner Ablösung gleichzeitig mit der Veröffentlichung in der Weltpresse und im Rundfunk zukommen zu lassen, wurde durch eine Panne vereitelt. Wie die amerikanische Nachrichtenagentur INS meldet, erfuhr McArthur die Neuigkeit, als er mit Freunden beim Frühstück saß. Die offizielle Meldung erreichte ihn erst 20 Minuten später. McArthur, der den größten Teil des Mittwoch in der Tokioer USA-Botschaft verbrachte, begab sich am Abend in das UNO-Hauptquartier, wo er das Kommando dem Chef seines Stabes, Generalmajor Hickey übergab.

General McArthur hat sich bereit erklärt, zu einer gemeinsamen Sitzung der beiden Häuser des amerikanischen Kongresses zu erscheinen und zu seiner Entlassung durch Präsident Truman Stellung zu nehmen.

Ridgway — ein alter Soldat

Der Nachfolger McArthurs in allen seinen Stellungen und Befugnissen im Fernen Osten, Generalleutnant Ridgway, wurde 1895 geboren. Seit dem ersten Weltkrieg dient Ridgway in der amerikanischen Armee. Zwischen den Kriegen war er auf Kommando in den USA und auf den Philippinen, sowie zwei Jahre als Begleiter General Marshalls in Brasilien. Im zweiten Weltkrieg kommandierte er eine Luftlandedivision auf Sizilien, in Italien und in der Normandie, später ein Luftlandekorps in Belgien, Frankreich und Deutschland. Nach dem Waffenstillstand in Europa nahm er an der Wiedereroberung der Philippinen teil.

Im Herbst des vergangenen Jahres übernahm Ridgway, direkt aus dem Pentagon kommend, den Befehl über die 8. USA-Armee in Korea, wo er seitdem als der eigentliche Planer des Feldzuges gilt. Ridgway ist bekannt für seine Unerschrockenheit im Gefecht, seine einfache



Lebensführung und für die Fürsorge, die er seinen Truppen zukommen läßt.

Dr. Adenauer in Paris herzlich begrüßt

Donnerstag Beginn der Besprechungen - Monnet und Hallstein setzten Verhandlungen fort

wg. Paris, 11. April

Der Besuch des Bundeskanzlers in Paris, um hier in seiner Eigenschaft als Außenminister an der Unterzeichnung des Schuman-Planes teilzunehmen, ist nicht nur in französischen politischen Kreisen, sondern auch in der Pariser Presse mit betont freundlicher Aufmerksamkeit zur Kenntnis genommen worden. Seit Dr. Adenauer am Mittwochmorgen das Flugzeug in Orly verließ, aufs herzlichste begrüßt, ist der Bundeskanzler Gegenstand und Mittelpunkt eines spürbaren Interesses. Ob es jedoch zur Unterzeichnung schon am Freitag kommen wird, steht bis jetzt noch nicht fest.

Schon aus dem Flugzeug erklärte Dr. Adenauer in französischer Sprache über den Pariser Sender unter anderem: „Nicht ohne innere Bewegung betrete ich heute französischen Boden. Es ist dies die erste offizielle Auslandsreise, die ich als Bundeskanzler und Außenminister unternehme. Darin liegt ein tieferer Sinn. Bewußt gilt mein erster offizieller Besuch der französischen Hauptstadt. Ich will damit dokumentieren, daß ich das deutsch-französische Verhältnis für den Kernpunkt jeder europäischen Lösung halte. Wir müssen neue Wege beschreiten lernen. Nur wenn uns dies gelingt, kann ein neues Europa entstehen, in dem der nationale Egoismus überwunden ist und in dem alle Völker an einem gemeinsamen Werk friedlichen Aufbaues zusammenarbeiten."

Hochkommissar François-Poncet, der den Flug mitgemacht hatte, begleitete den deutschen Kanzler ins Hotel Crillon und aß anschließend in der „Madeleine" mit Dr. Adenauer zu Mittag, der einen ungewöhnlichen frischen Eindruck machte. Während Staatssekretär Hallstein und der französische Planungskommissar Monnet ihre technischen Gespräche wieder aufnahmen, zeigte François-Poncet auf einem Spaziergang dem Bundeskanzler einige Sehenswürdigkeiten der französischen Hauptstadt. Der fast 76jährige Gast ließ es sich nicht nehmen, den Trip über die Champs Elysés zu Fuß zu machen, und den Triumphbogen zu besteigen, was François-Poncet zu der Bemerkung veranlaßte, es sei das erste Mal, daß es ihm gelungen sei, einen prominenten deutschen Gast auf den Triumphbogen zu führen. Am Abend war Dr. Adenauer zum Abendessen bei Außenminister Schuman.

Donnerstagnachmittag beginnen im Quai d'Orsay die Besprechungen der Außenminister. Vormittags wird der Kanzler dem deutschen Generalkonsulat und der deutschen OEEC-Vertretung einen Besuch abstatten und mittags einer Einladung François-Poncets zu einem Essen auf dem Eifelturm Folge leisten.

Ein ohnmächtiges Urteil

Die UNO-Vollversammlung beschloß, bevor sie sich bis zu ihrem nächsten Zusammentreten am 6. November in Paris vertagte, auf Antrag der USA und Großbritanniens mit 15 gegen 3 Stimmen die Einsetzung eines unparteiischen Ausschusses zur Untersuchung der Zwangsarbeit.

Der Ausschuß wird aus fünf Persönlichkeiten bestehen, die der Generalsekretär der UNO und der Direktor des internationalen Arbeitsamtes gemeinsam ernennen werden. Der Arbeitsbereich dieser Männer wird geographisch unbeschränkt sein, dennoch kann kein Zweifel daran bestehen, daß das Hauptarbeitsgebiet dieser Männer in der Sowjetunion liegt, und daß sie zu ihm niemals Zutritt erhalten werden.

Die drei Gegenstimmen stammten von den Delegierten sowjetischer Satellitenstaaten, die den Beschluß zur Einsetzung der Kommission mit allen Mitteln erst zu verhindern, dann zu verzögern trachteten. Sie polemisierten mit den üblichen Phrasen gegen die „Mächte des Kapitalismus", bestritten mit aller Entschiedenheit das Bestehen von Zwangsarbeitlagern in der Sowjetunion, blieben aber jede sachliche Antwort auf die Dokumente schuldig, die man ihnen vorlegte. Sie schwiegen auch zu dem 75 Seiten starken Handbuch, das genaue Anweisungen über Errichtung und Verwaltung von Zwangsarbeitslagern in der Sowjetunion enthält.

Die UNO will den Millionen, die in diesen Lagern schmachten, helfen. Sie weiß, daß sie ihr Ziel nicht erreichen wird, daß die Mitglieder des von ihr beschlossenen Ausschusses diese Lager niemals zu sehen bekommen werden. So ist schon ihr auf belegten Tatsachen sich begründender Beschluß allein als eine Verurteilung zu werten, als ein Protest gegen die Versklavung und Entwürdigung von Millionen von Menschen, die in der Sowjetunion noch schlechter gehalten und noch stärker ausgenutzt werden als Arbeitstiere.

Dieser hilflose Protest, diese machtlose Geste des guten Willens bedeutet eines der traurigsten Zeichen unserer Zeit, in der sich der bolschewistische Staat als das „kälteste aller Ungeheuer" erweist, die je Macht über Menschen hatten. -r.

McArthurs Sturz

Von
Dr. Wilhelm Ehmer

Die Absetzung des Oberstkommandierenden der USA und aller UNO-Truppen im Fernen Osten, des Vier-Sterne-Generals McArthur, ist eine Weltsensation. Obwohl über diesen eigenwilligen Mann in der letzten Zeit viel geredet worden ist und seine Stellung bereits erschüttert schien, hatte man eine solch durchgreifende Maßnahme doch nicht erwartet. Denn ungeachtet seiner vielen Gegner schien die Stellung des Generals auf Grund seiner Popularität in den USA und durch den Einfluß seiner politischen Freunde nicht zu erschüttern.

McArthur hatte sich zum Typ eines Prokonsuls entwickelt, der sich nicht nur auf militärischem Gebiet nicht hereinreden ließ (was auch von niemandem versucht wurde), sondern der auch in der Politik seinen eigenen Kurs steuerte. Seit vierzehn Jahren ist dieser Mann nicht in den Vereinigten Staaten gewesen. Bei Ausbruch des Krieges war er Befehlshaber auf den Philippinen und mußte fliehen, als die Japaner Manila eroberten. Aber er kam wieder, als Sieger. Er nahm sein Hauptquartier n Tokio und ließ dort schon ein halbes Jahr nach der Kapitulation Japans allgemeine Wahlen ausschreiben und die neue japanische Verfassung beschließen. Den Einspruch einer alliierten Kommission gegen dieses ihrer Ansicht nach verfrühte Vorgehen überging er souverän, ebenso wie alle sowjetischen Proteste gegen die Aufstellung einer Polizeitruppe in Japan und den raschen Wiederaufbau der japanischen Wirtschaft. Auch in der Formosa-Politik hatte er seine eigene Ansicht, er hielt Tschiang Kai-Schek und forderte ein Eingreifen nationalchinesischer Truppen auf dem Festland, alles im Gegensatz zu Willen und Wunsch des Weißen Hauses in Washington.

Eine Aussprache mit Präsident Truman wurde notwendig, aber man wagte nicht, den General in die Hauptstadt zu zitieren, sondern der Präsident mußte auf mehr als halbem Weg über Tausende von Kilometern weg zu ihm fliegen. Die Besprechung auf der Insel Wake, bis zu der McArthur dem Regierungschef entgegenzukommen geruht hatte, vollzog sich unter Ausschluß der Oeffentlichkeit, jedoch konnte man aus ihrer Kürze (sie dauerte nur zwei Stunden) und aus anderen Umständen schließen, daß sie nicht gerade zuvorkommend geführt wurde. Man erzählt sich, daß McArthur mitten in der Unterredung seine Uhr hervorgezogen und sie aufgedreht habe, eine recht unhöfliche Geste, die andeuten sollte, daß er keine Zeit für lange Gespräche habe.

Nach Ausbruch des nordkoreanischen Konfliktes im Juni 1950 erklärte McArthur, daß jeder, der US-Truppen auf das asiatische Festland entsenden wolle, „seinen Geisteszustand untersuchen lassen sollte", — zwei Wochen später übernahm er den Oberbefehl über die in Nordkorea eingesetzten Divisionen! Auf einen Widerspruch mehr oder weniger kam es diesem herrischen Geist nicht an. Das zeigte sich auch nach jenem berüchtigten „Weihnachtsbefehl" im November 1950, den er zu Beginn der von ihm befohlenen Generaloffensive „zur Beendigung des Korea-Krieges" gab. Zwei Wochen später standen ihm 200 000 Chinesen gegenüber, und mit knapper Not entgingen seine Truppen der Vernichtung. Dies geschah in einem Augenblick, in dem, vor allem durch die asiatischen Mitglieder der UNO unter Führung des klugen Pandit Nehru, sich erste Zeichen einer Verhandlungsmöglichkeit mit Mao Tse-tung abzeichneten. Damals schrieben wir (am 2. Dezember 1951): „Was ist das für eine gefährliche Strategie, die der Politik derart provozierend ins Handwerk pfuscht und dabei den Gegner grotesk unterschätzt! . . . Sind wir bereits wieder soweit, daß das Schicksal der Welt in den Händen eines, sich selber gewaltig überschätzenden Mannes liegt? Soll sich wiederholen, daß ein Feldherr durch eigenwilliges Handeln seine Nation — und diesmal auch alle anderen Völker! — in einen Krieg hineinreißt, der von der Staatsführung nicht gewünscht wird?!"

Damals regte sich in der ganzen westlichen Welt die Stimme der Opposition gegen eine solche Diktatur. Besonders erbittert waren die Engländer, die, in der Behandlung von Ostasiaten erfahrener als die Amerikaner, Peking gegenüber eine realistische Politik trieben. Aber im Weißen Hause schwieg man weiter, — bis der General nun abermals das Porzellan zerschlug. Einem ihm nur zur Information und Begutachtung zugeleiteten Entwurf, einer Note an Peking entnahm er selbständig einige Sätze und machte aus ihnen zu Ostern die eigenmächtig gestellte Forderung nach bedingungsloser Kapitulation der nordkoreanischen Truppen, wobei er noch die an China gerichtete Drohung hinzufügte, andernfalls die Mandschurei in das Kriegsgebiet mit einzubeziehen. Dieser Akt ist wahrscheinlich der letzte Anlaß für seine Amtsenthebung gewesen. Denn selbstverständlich kann es sich eine Staatsführung auf die Dauer nicht gestatten, daß ihre Pläne von einem Mann durchkreuzt werden, der nicht die letzte Ver-

Die Seite der Heimat

Halver, den 12. April 1951

Der Weise vom Bahnsteig

Alle Zeiten hatten ihre Weisen. Es gab gelehrte und ungelehrte. Die ungelehrten waren die wahren Phänomene. Sie waren erleuchtet, das kann man nicht von allen Gelehrten sagen. Es gibt auch Weise, die nur Gedächtniskünstler sind. Das sind keine rechten Weisen, nur Wissende, und doch bestaunenswert.

Und es gibt den Mann mit dem gelben Streifen „Auskunft" an der Mütze. Der ist desgleichen ein Phänomen. Nicht so sehr, weil er alle Ankunfts- und Abfahrtszeiten der Züge kennt und womöglich noch die der Zwischenstationen bis zum Ziel, sondern — seiner Geduld wegen. Ich habe den Mann, der „Auskunft" heißt, oftmals beobachtet und bestaunt. Der Mann hat Gesinnung und Lebensart, Wissen und sogar Hoheit.

Er ist der Weise vom Bahnsteig. Der Mann, der alle Züge kennt, mit Nummern und Ankunfts- und Abfahrtszeiten, mit Speise- und Schlafwagen, Post- und Packwagen, mit allem Drum und Dran, vom Personenzug bis zum donnernden Expreß. Ein Mann, der auch die Menschen kennt und sie zu nehmen versteht, die wandelnde Ordnung im großen Orchester Eisenbahn. Er spielt nicht die erste Geige darin und ist auch nicht der Dirigent, er verteilt nur den Programmzettel, aber er ist der Repräsentant der Pünktlichkeit, der Ordnung und Sicherheit.

Und das ist die wahre Weisheit der Welt.

Br.

Halver

Frühlingsfest des Turn- und Sportvereins Halver 1848 e. V.

Für kommenden Samstag hat der TuS Halver seine Vorbereitungen für das Frühlingsfest, das im Saale der Karlshöhe stattfindet, auf das Beste getroffen, und ladet die gesamte Bürgerschaft und besonders die Jugend herzlich dazu ein. — Wenn der TuS Halver jährlich einmal mit einem Bühnenturnen an die Oeffentlichkeit tritt, so hat das einen mehrfachen Sinn. Einmal als Abschluß der Winterarbeit soll der fortgeschrittene Stand des Leistungsturnen, die vielseitige Arbeit in den einzelnen Abteilungen zu Kraft und Gesundheit unter Beweis gestellt werden, aber auch der Wert der Erziehung zur Gemeinschaft und Kameradschaft soll neben Freude und Entspannung seinen besonderen Ausdruck in Schönheit und Fröhlichkeit finden. — Zum anderen soll hier unserer Jugend, die auch in Halver mehr und mehr aus der materiellen Verflachung wieder zurückfindet zu den unschätzbaren Werten der Leibesübung und wieder mehr für das Gute und Schöne des Könnens empfänglich ist, der Weg gezeigt werden, sich einzureihen in die Schar der Turner und Sportler. Viele unserer Jungen und Mädel warten auf den überzeugenden Ruf zur fröhlichen Mitarbeit. Dieser Ruf an alle Jungen und Mädel, besonders an die schulentlassene Jugend, wird von dieser gut vorbereiteten Veranstaltung ausgehen. — Das neben Turnerinnen und Turnern auch die Altersriege wie auch die Handball- und Fußballjugend sich an der Gestaltung dieser 2 Stunden frohen Erlebens beteiligt, ist ein Beweis dafür, daß der TuS Halver seine innere Festigung gefunden hat und seine Aufgabe ernst nimmt, die Aufgabe der körperlichen und geistigen Ertüchtigung, besonders der Jugend, so daß ihm zu dieser Veranstaltung ein volles Haus zu wünschen wäre.

Ehret das Alter!

Sein 85. Lebensjahr kann Zugführer i. R. Wilhelm Bremicker, von-Vincke-Straße, am heutigen Donnerstag, dem 12. April, vollenden. Dem Hochbetagten, der an dem Zeitgeschehen noch regen Anteil nimmt, wünscht die Heimatzeitung auch weiterhin einen frohen und gesegneten Lebensabend!

25jährige Betriebszugehörigkeit

Bei der Firma Galvano-Gesellschaft Brückmann fand zu Ehren des Betriebsleiters Otto Vahlefeld, wohnhaft Lingerweg, der jetzt 25 Jahre dem Betrieb angehört, eine Betriebsfeier statt. Dem Jubilar wurden ehrende Geschenke seitens der Firma, der Belegschaft und Kunden zuteil, aus denen die allseitige Beliebtheit des Geehrten ersichtlich war.

Terminverlängerung zur Ausstellungsfahrt

Zur Fahrt des Ortsverbandes der Heimatvertriebenen Halver nach Düsseldorf sollten die Meldungen der einzelnen Teilnehmer ursprünglich bis zum 6. April abgegeben werden. Weitere Meldungen können bis einschl. 14. April bei dem Schriftführer des Ortsverbandes abgegeben werden. Die Fahrt wird auf jeden Fall und bei jeder Wetterlage durchgeführt werden.

Anschlag

Von der Nachbarschaft

Die Sterbekassenbeiträge bleiben, wie in der kürzlich durchgeführten Versammlung beschlossen wurde, unverändert. Sie betragen unverändert für Erwachsene DM 1,50 und für Kinder unter 14 Jahren DM 0,50 pro Quartal. Kinder unter 14 Jahren sind demnach nicht beitragsfrei.

Schwenke

Manöverschäden?

Nun, Manöverschäden waren es gerade nicht, eher schon Manövrierschäden. Sie entstanden bei der Arbeit einer jener zahlreichen Arbeitskolonnen, die in den letzten Wochen dabei sind, das im Winter geschlagene Holz zu rücken und zur Bahn zu transportieren. Hier wurde einer Wiese recht übel mitgespielt. Der Besitzer erhob berechtigte Einwände und man setzte sich zunächst etwas verärgert auseinander. Es wurde aber bewiesen, daß nicht jeder Streit vor den Gerichtsschranken enden muß. Nachdem dem Besitzer der Wiese eine entsprechende Entschädigung gezahlt worden war, wurde dieser kleine Streit zum besten aller aus der Welt geschaffen. Es geht also auch anders.

Bergfeld

Die Heimatzeitung gratuliert!

Bauer Heinrich Brocksieper, Mark (Gemeinde Halver) wird am morgigen Freitag, dem 13. April, 84 Jahre alt. Der Hochbetagte ist noch recht rege in Haus und Hof und tätig von morgens früh bis abends. Zur neuen Wegstrecke bis zum nächsten Meilenstein des Lebensweges wünscht ihm auch die Heimatzeitung alles Gute.

Deckinghausen / Carthausen

Geflügelzüchter in gemütlicher Runde

In den wenigen Jahren seines Bestehens hat es der Geflügelzuchtverein Halverscheid-Schalksmühle immer wieder verstanden, neben der ernsthaften Züchterarbeit auch die Geselligkeit in schönster Weise zu pflegen. Ihr galt auch der letzte Abend, der im Vereinsgasthaus Zur Krone in Halverscheid stattfand. Zwar paßte ein regenschwerer Himmel durchaus nicht zu der Feststimmung aller Teilnehmer, umso feiner aber wickelte sich im Saal und in allen anderen Gasträumen des Gastwirtes Lennhof der gemütliche Abend ab. In überreichem Maße war für das leibliche Wohl gesorgt, und neben einer nimmermüden Kapelle erfreuten Scherz und Frohsinn die recht zahlreichen Teilnehmer. Besonderer Dank wurde stets den Schwestern Frau Paul und Latz gezollt, die ihr gesangliches und schauspielerisches Können wiederholt unter Beweis stellten. Als Vereinsvorsitzender nahm Otto Siebecker im Verlauf des Abends die Ehrung besonders verdienter Züchter und Mitarbeiter vor, um dann auch in launiger Weise einiges über den Sinn solcher Gemeinschaftsabende zu sagen. Sein Hinweis, daß in diesem Jahre auch ein Picknick veranstaltet werden solle, wurde freudig begrüßt. Selbstverständlich kam bei jung und alt auch das Tanzbein zu seinem vollsten Recht, und als im Morgendämmern alles schied, gab es nur eine Meinung: Es war eine erinnerungsschöne Veranstaltung!

Verhängnisvoller Beilschlag

Jetzt war der 8jährige Paul F. mit seiner Schwester in den Berg gegangen, um etwas Abfallholz zu sammeln. Dabei war der Kleine so pflichteifrig, daß er sich von seiner Schwester das Beil geben ließ, um einen Ast zu zerschlagen. Unglücklicherweise aber schlug er sich in die Finger der linken Hand, so daß eine sofortige ambulante Krankenhausbehandlung erforderlich wurde.

Vorsicht, Schienenarbeiten

An der Straße nach Schalksmühle werden in letzter Zeit laufend Reparaturen an den Schienen durchgeführt. Jetzt werden gerade die Stellen am sogenannten Rolandseck repariert. Hier gilt es vor allem für den Kraftfahrer, Vorsicht zu üben, da diese Kurve schon ohne Bauarbeiten Tücken genug bietet.

Gestern fiel die Entscheidung:

Strecke Halver — Schalksmühle bleibt!

Dreistündige Besprechung im Amtshaus Halver - 90 000 DM aus Landesmitteln - 30 000 DM von der heimischen Industrie Triebwagenverkehr beschlossen

Am gestrigen Nachmittag fand im Amtshaus Halver eine dreistündige Besprechung zwischen dem Aufsichtsrat der Kreis Altenaer Eisenbahn, dem Verkehrsministerium und den Verfrachtern an der KAE-Strecke Halver—Schalksmühle über die Fortführung des Betriebes auf dieser Strecke statt.

Dabei waren die folgenden heimischen Betriebe vertreten: Casp.Arn. Winkhaus, Märkisches Werk, Helmuth Voß, Dietzel & Panne, Treide, Dingel, Walz- und Drahtwerk, Bauckloh, Westfälische Porzellanfabrik, Winkhaus & Schürmann, Quabeck und die Bäuerliche Bezugs- und Absatzgenossenschaft Halver. Es waren ferner Amtsdirektor Lohoff und Gemeindebürgermeister Turck anwesend.

Direktor Borbeck als Vorsitzender des Aufsichtsrates der KAE eröffnete die Sitzung. Direktor Ellendorf führte alsdann aus, daß es nicht das erste Mal sei, daß die KAE sich mit ihren Kunden zusammensetze, um die beiderseitigen Nöte und Sorgen zu besprechen. Die Lage sei, daß der gestiegene Personenverkehr den gesunkenen Güterverkehr nicht wettmachen könne. Um die Strecke Halver—Schalksmühle rentabel zu gestalten, sei eine jährliche Beförderungsmenge von 14 000 Tonnen erforderlich. Es müßten Mittel und Wege gefunden werden, um die Strecke dahin zu bringen, daß sich Einnahmen und Ausgaben zumindestens die Waage hielten.

Den Standpunkt der Industrie im Hälvertal, der in Halver ansässigen Verfrachter und der Bäuerlichen Bezugs- und Absatzgenossenschaft legte in deren Auftrag Assessor Kirstein von der Industrie- und Handelskammer dar. Er führte aus, daß hier eine Kollision zwischen der betrieblichen Pflicht zur Rentabilität und dem öffentlichen Interesse vorliege. Man dürfe nicht aus der gegenwärtigen Situation heraus Beschlüsse fassen, die später nicht mehr zu revidieren seien. Das Hälvertal sei

ein wichtiges Ausweitungs- und Siedlungsgebiet

für die Schalksmühler Industrie und die Entwicklung sei noch keineswegs abgeschlossen. Ein öffentliches Verkehrsunternehmen müsse nach anderen Grundsätzen arbeiten als ein kaufmännischer Betrieb. Dabei müsse man die KAE als Ganzes auffassen und nicht vergessen, daß die Strecke Halver—Schalksmühle die Schwesterstrecken lange Jahre mit erhalten habe. Mit 18 anliegenden Verfrachtern könne ein monatliches Frachtsoll von 950 to — darin 220 to Kohlefracht — erreicht werden. Auch für unsere Strecke sei es ferner wichtig zu erreichen, daß der Kohletransport von der Straße wieder zur Schiene hin verlagert werde.

Im weiteren Verlauf der Besprechung gab Direktor Ellendorf bekannt, daß die Instandsetzung der gefährdeten Brücke einen Betrag von 10 000 DM, die Anschaffung eines industriemäßigen Triebwagens — also nicht in eigener Herstellung — 130 000 DM erfordern würden.

Hierzu konnte Ministerialrat Rademacher vom Düsseldorfer Verkehrsministerium mitteilen, daß für die Anschaffung eines industriemäßigen Triebwagens

aus Landesmitteln ein zweckgebundener Kredit von 75 Prozent

der Anschaffungskosten, d. h. ca. 90 000 DM, zur Verfügung gestellt werden könnte. Damit stünde noch ein Betrag von 50 000 DM offen.

Nachdem alsdann eine Beratungspause eingelegt worden war, in der sich die heimischen Industriebetriebe über die Darlehensfrage schlüssig werden wollten, kam es zu dem folgenden, von Assessor Kirstein formulierten Beschluß:

Die heimische Industrie habe grundsätzlich den Ernst der Situation erkannt und sei bereit, der Kreis-Altenaer-Eisenbahn ein Darlehen zu gewähren. Es seien Erinnerungen an eine frühere Situation wach geworden, die in ähnlicher Weise gemeistert worden sei. Die Anliegerindustrie erklärte sich bereit, einen Maximalbetrag von 30 000 DM zu gewähren. Die öffentliche Hand könne sich nicht beteiligen, der gesamte Betrag müsse daher von privater Seite aufgebracht werden. Ein Frachtminimum soll gehalten werden, darüber hinaus aber soll die Güterbeförderung auf der Strecke Halver—Schalksmühle nach Möglichkeit noch gesteigert werden — u. a. durch vermehrten Kohle-Schienentransport —, dergestalt, daß die Mehrverfrachtung eine schnellere Amortisation des Darlehens bewirkt.

Nunmehr wird der Aufsichtsrat der Kreis-Altenaer-Eisenbahn zusammen mit der für die beteiligte Industrie federführenden Industrie- und Handelskammer die weiteren Einzelheiten ausarbeiten.

Die Gefahr einer Stillegung der Strecke Halver—Schalksmühle, dürfte damit, wie Direktor Borbeck in seinem Schlußwort betonte, endgültig abgewendet sein.

Dr. W.

Auch Jugendaustausch mit Frankreich?

Französische Initiative — Kreisjugendpfleger fährt nach Paris

Wir berichteten bereits vor kurzem über die Bemühungen des Kreisjugendamtes, auch in diesem Jahre einen Jugendaustausch mit England auf breiter Basis durchzuführen. Die Verhandlungen in dieser Hinsicht sind noch in vollem Gange. Fest steht aber bereits, daß der Chor aus Heckmondwicke, der im Vorjahre in Altena weilte, in diesem Sommer ins Volmetal kommt. Ein größerer Kreis Jugendlicher aus dem heimischen Gebiet wird ebenfalls in diesem Jahre auf dem Austauschwege nach England fahren. Es werden rund 200 Jugendliche aus Halver, Schalksmühle, Altena, Neuenrade, Werdohl, Plettenberg und Meinerzhagen an diesem Jugendaustausch teilnehmen.

Kreisjugendpfleger Spiegel bemüht sich auch um einen Jugendaustausch mit anderen Ländern. Von Seiten der französischen Jugend besteht reges Interesse, ebenfalls in einen engeren Kontakt mit unserer Jugend zu kommen, um so den Brückenschlag zwischen den beiden Völkern auf breiter Basis zu fördern. Die Tatsache, daß die Initiative diesmal von der französischen Jugendbewegung ausgeht, verdient um so größere Beachtung. Französische Studenten weilten bereits im Vorjahre in kleineren Gruppen im Sauerland. Sie dürften wohl in erster Linie als die Initiatoren eines intensiven Jugendaustausches anzusprechen sein. Wie die bisherigen Verhandlungen ergaben, dürften wohl auch französische Jugendliche in diesem Jahre wieder ins Sauerland und speziell in unser Kreisgebiet kommen. Zu den Hauptverhandlungen werden verschiedene Kreisjugendpfleger aus dem Regierungsbezirk Arnsberg, darunter wahrscheinlich auch Kreisjugendpfleger Spiegel, nach Paris fahren, um die besonderen Möglichkeiten eines gegenseitigen Jugendaustausches zu erörtern und die Durchführung in die Wege zu leiten.

Es ist nicht zu leugnen, daß eine Verständigung zwischen den Völkern am wirksamsten wird durch die Begegnung von Jugendlichen aus den verschiedensten Ländern. Den Jugendlichen aus allen Schichten des Volkes wird damit die Möglichkeit gegeben, eine persönliche Verbindung mit dem Ausland zustande zu bringen, die ganz dazu angetan ist, zu einer dauerhaften Freundschaft zwischen den Völkern zu führen.

Baukostenzuschuß für Wohnungen

Warum einfach, wenn es auch kompliziert geht?

Nach den bestehenden gesetzlichen Vorschriften werden im Rahmen des § 7c des Einkommensteuer-Gesetzes Baukostenzuschüsse oder Darlehen für den Wohnungsbau nur dann als steuerfrei berücksichtigt, wenn die Zuschußfähigkeit jeder Wohnung genau überprüft worden ist. Es ist bekannt, daß die Durchführung dieser gesetzlichen Anordnung auf dem Verordnungswege einen nicht mehr zu überbietenden Grad von Kompliziertheit angenommen hat. Die Beibehaltung einer solchen Ueberprüfung beschäftigt Tausende und aber Tausende von Beamten, und der Einsatz vieler wertvoller Arbeitskräfte an dieser Stelle erscheint durchaus entbehrlich. Der gesetzgeberische Wille ist hier direkt in spanische Stiefel geschnürt.

Bei der vorgesehenen Neuordnung des § 7c EStG ist in dem vorliegenden Entwurf geplant, Baukostenzuschüsse oder Darlehen nur bis zum Betrag von 7000 DM je Wohnung als abzugsfähig anzuerkennen, wobei die unendlich verklausulierten Einzelbestimmungen und Bedingungen erhalten bleiben sollen. Hier ist in der Tat ein klassisches Beispiel dafür gegeben, wie man bei gutem Willen eine wirkliche Vereinfachung der unmöglich komplizierten Gesetzesbestimmungen herbeiführen kann. Der Bund der Steuerzahler macht den Vorschlag, diese geradezu unmöglichen Bestimmungen preiszugeben und anzuerkennen, daß für alle Wohnungen, die überhaupt gebaut werden, ein Betrag bis 7000 DM am Einkommen steuerfrei in Abzug gebracht werden kann. Der Steuerbetrag, der durch eine solche Maßnahme dem Bund oder den Ländern verloren geht, steht in gar keinem Verhältnis zu dem Personal- und Materialaufwand, der durch die Prüfung der unzähligen Anträge entsteht, abgesehen von den unerträglichen Verzögerungen und den auftretenden Streitigkeiten. Das wäre eine wirkliche Vereinfachung gegenüber dem Gesetzentwurf, der dieses Wort nur in der Ueberschrift trägt, aber von tatsächlicher Vereinfachung der Gesetzgebung wenig verspüren läßt.

Schalksmühle

Standesamtliche Nachrichten vom 25. 3. bis 7. 4. 1951

Sohn geboren: Erwin Franz Katz, Lauenscheiderohl, Wilhelm Schröder, Klagebach, Rud. Röhricht, Gut Steinbach bei Carthausen, Alfons Thater, Dahlerbrück, Bergstraße. Tochter geboren: Heinz Frohn, Klagebach, Hermann Friedr. Steinbach, Klagebach. Heiraten: Waldemar Langenohl und Grete Henriette Karoline Langenohl, beide Eichholz, Gemeinde Hülscheid, Herm. Heinrich Assmussen, Dahlerbrück und Johanna Hausch, Schalksmühle. Sterbefälle: Elisab. Schmitz, Muhlerohl, 93 Jahre und Meta Schwake, Dahlerbrück, Volmestraße, 72 Jahre.

Verkehrsstockung durch defekten Lastzug

Infolge eines Kuppelungsschadens mußte in der hiesigen Bahnhofstraße ein schwerer Lastzug, welcher mit Ziegelsteinen beladen war, stehen bleiben. An Ort und Stelle mußte das Baumaterial abgeladen und mit einem anderen Lkw zum Bestimmungsort, Baustelle im Löh, transportiert werden. Aus diesem Grunde entstand für einige Zeit in der ohnehin schon schmalen Bahnhofstraße eine Verkehrsstockung. Erst als die Polizei die Regelung des Verkehrs übernahm, konnten alle Fahrzeuge umgeleitet werden. Zum Spätnachmittag hin war die Straße wieder frei.

Bauarbeiten in der Hälver machen gute Fortschritte

In einer der früheren Ausgaben berichteten wir, daß in der Hälver der Hussersche Hammer abgebrochen wurde. Die Fa. Lumberg, Schalksmühle errichtet an dieser Stelle einen neuen Betrieb. Nachdem die neue Wasserleitung bereits liegt und die Fundamente ausgeschachtet sind, begannen in diesen Tagen die Maurer mit ihrer Arbeit. Der größte Teil der Fundamentmauern ist bereits fertiggestellt.

Rönsahl

Gefahrenpunkt wurde kenntlich gemacht

Kurz hinter dem Fabrikgelände der Firma Rüggeberg überquert die Bundesbahn die Straße Ohl—Rönsahl—Marienheide. Diese Stelle war stets ein besonderer Gefahrenpunkt für den stetig zunehmenden Kraftverkehr. Die Bundesbahn hat nun das ihrige getan, hier Abhilfe zu schaffen. Sie ließ vier Blinker anbringen, die jetzt die Straßen nach Marienheide, nach Gogarten-Ohl, nach Holzwipper und Oberwipper sichern. Die Kraftfahrer werden diese Neuerung sehr begrüßen.

Vortrag wird verschoben

Der im Programm der Volkshochschule für den 13. d. M. vorgesehene plattdeutsche Heimatabend muß auf einen späteren Zeitpunkt, der noch bekanntgegeben wird, verschoben werden

Kierspe

Jahreshauptversammlung der Freiw. Feuerwehr

Die Feuerwehrmänner des Löschzuges Kierspe versammelten sich im Gasthof „Zur Post" zur diesjährigen Hauptversammlung. Brandmeister Hugo Haase eröffnete die Versammlung. Als erster Punkt wurde die Instandsetzung des Steigerturmes und des Spritzenhauses beraten. Sodann wurde die Neueinteilung des Löschzuges vorgenommen. Ferner wurde beschlossen, daß der Löschzug geschlossen mit samt dem Spielmannszug an dem Kreisverbandsfest in Halver teilnimmt. Da die Freiwillige Feuerwehr, Lösch-

Arndt reitet Attacke gegen Dehler

Angriffe gegen Bundesjustizminister — Stürmische Reaktion der Regierungsparteien

wl. Bonn, 11. April

Bei der Beratung des Haushalts des Bundesjustizministeriums, die Bundesjustizmnister Dr. Dehler mit einer einstündigen Rede eröffnete, kam es im Bundestag zu den schon fast traditionellen schweren und sogar persönlichen Zusammenstößen, die in der tiefen Gegensätzlichkeit von Minister Dr. Dehler und Dr. Arndt (SPD) wurzeln. Dr. Arndt griff Dehler auf allen Gebieten seiner Tätigkeit an und warf ihm sogar vor, er trage die Schuld an der verworrenen Saarfrage. Die ganze Linie von Dehlers Politik sei falsch und führe zu einer Preisgabe von nationalen Rechten, nicht nur hinsichtlich der Saar, die Dehler scheinbar schon abgeschrieben habe, sondern auch in bezug auf die Ostgebiete.

„Die SPD verwahrt sich mit aller Entschiedenheit gegen die Pflichtversäumnisse, die sich die Bundesregierung hat zuschulden kommen lassen", rief Dr. Arndt aus. „Es gibt nur einen deutschen Staat und der endigt weder an der Elbe noch vor der Saar!" Die von der Bundesregierung erlassenen Gesetze müßten für ganz Deutschland verkündet werden, nicht nur für das derzeitige Bundesgebiet.

Dr. Arndt warf dem Minister weiter vor, er habe nichts getan, um eine wirkliche unparteiische Rechtsprechung herbeizuführen. Der Hedler-Prozeß sei das beste Beispiel dafür. „Ja, es deutet sich in der Rechtspflege schon wieder eine Rehabilitierung des Nazi-Regimes an." Die Hemmungslosigkeit Dr. Dehlers lasse ihn häufig die Würde seines Amtes vergessen. Im ganzen müsse er sagen, daß Dr. Dehler nicht den Erfordernissen entspreche, die man an einen demokratischen Minister stellen müsse.

Wie nicht anders zu erwarten war, reagierte die Regierungskoalition auf diese Angriffe in schärfster Form. Dr. von Merkatz (DP) erklärte, die Volksverhetzung, welche die SPD betreibe, habe eine Radikalisierung zur Folge. Nach diesen Worten konnte Merkatz minutenlang nicht weitersprechen, da die Opposition ein tumultartiges Pultdeckelkonzert veranstaltete. Dazu gesellte sich ein orkanartiges Beifallklatschen der Regierungsparteien, so daß selbst die Glocke des Präsidenten in dem allgemeinen Lärm unterging.

Auch der CDU-Abgeordnete Dr. Kiesinger antwortete scharf auf die Angriffe von Dr. Arndt. „Dehler ist durchaus kein autokratischer Finsterling", rief er Arndt zu. „Sie wissen ja gar nicht, was dieser Mann alles getan hat, um das Los der Kriegsgefangenen zu erleichtern und das erschütterte Vertrauen des deutschen Volkes in die Justiz wiederherzustellen!" In der Saarfrage habe die Bundesregierung alles getan, um das Unrecht, das Deutschland zugefügt worden sei, durch eine zähe Politik wieder auszugleichen. „Glauben Sie doch nicht, daß sich die Saar nur mit schönen Phrasen wiedererobern läßt!" Bundeskanzler Dr. Adenauer habe nicht nur mit keinem Wort auf die Saar verzichtet, wozu er auch gar nicht die Macht besitze, sondern er habe immer wieder erklärt, daß die Saar zu Deutschland gehöre und niemals aufhören würde, deutsch zu sein.

Dr. Reismann (Zentrum) warf Dr. Dehler vor, er „liefere jedes Rechtsgutachten, das der Kanzler von ihm verlange". Ueberhaupt zeige Dehler allzusehr die Tendenz, sich von Dr. Adenauer zu einem „Staatssekretär kaiserlicher Zeit" degradieren zu lassen, was auch für die übrigen Bundesminister zutreffe. „Die Rechtsprechung aber", meinte Reismann, „steht auf einem erfreulich hohen Niveau. Nur den unteren richterlichen Instanzen fehlt manchmal das politische Fingerspitzengefühl."

Der Haushalt des Bundesjustizministeriums wurde nach vierstündiger Debatte schließlich mit den Stimmen der Regierungsparteien angenommen.

Kündigungsschutz-Gesetz ging an Ausschuß

Bundeseinheitliche Zusammenfassung — Betriebsratsmitglieder grundsätzlich unkündbar

wl. Bonn, 11. April

Den Entwurf zu einem neuen, bundeseinheitlichen Kündigungschutzgesetz hat die Bundesregierung im Bundestag eingebracht, der sich am Mittwoch in erster Lesung mit dem Gesetz befaßte. Während der nationalsozialistischen Zeit war das Kündigungschutzgesetz durch das „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit" geregelt, das jedoch durch die Alliierten außer Kraft gesetzt wurde. Seit der Zeit bestehen in den einzelnen Ländern verschiedenartige Vorschriften, die zum Teil keinen genügenden Schutz gegen sozialwidrige Kündigungen bieten. Aus diesem Grunde hielt die Bundesregierung den Erlaß eines einheitlichen Kündigungsschutzgesetzes für erforderlich.

Nach dem neuen Gesetz, mit dem sich zunächst noch der Arbeits-Ausschuß des Bundestages zu befassen hat, gelten alle diejenigen Kündigungen als „sozial ungerechtfertigt", die nicht durch sachliche Gründe motiviert sind. Die Kündigungsgründe müssen entweder in der Person oder dem Verhalten des Arbeitnehmers, oder aber in dringenden betrieblichen Erfordernissen liegen. Dabei hat der Arbeitgeber zu beweisen, daß die Kündigung gerechtfertigt ist. Unter diese Bestimmung fallen künftig alle Arbeitnehmer, die länger als drei Monate einem Betrieb angehören. Der Arbeitnehmer kann in jedem Fall binnen fünf Tagen nach der Kündigung beim Betriebsrat Einspruch einlegen. Dieser soll, wenn er den Einspruch für begründet hält, eine Verständigung mit dem Arbeitgeber herbeiführen. Erfolgt eine Einigung nicht, so kann der Arbeitnehmer binnen drei Wochen beim zuständigen Arbeitsgericht Feststellungsklage dahin erheben, daß die Kündigung rechtsunwirksam ist. Stellt das Gericht fest, daß die Kündigung rechtsunwirksam war, trotzdem aber dem Gekündigten eine Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses nicht zuzumuten ist, so kann das Arbeitsgericht auf Antrag des Gekündigten das Arbeitsverhältnis auflösen und den Arbeitgeber zur Zahlung einer Abfindungssumme verurteilen, die grundsätzlich einen Betrag bis zum 12 Monatsverdiensten erreichen soll. Für Angestellte in leitender Stellung (Geschäftsführer, Betriebsleiter, Personalchefs), die selbst zur Einstellung und Entlassung von Arbeitskräften befugt sind, gelten diese Vorschriften nicht. Betriebsratsmitglieder sind grundsätzlich unkündbar.

Besondere Vorschriften enthält das Gesetz über Massenentlassungen, für die eine vierwöchige Anzeigepflicht besteht. Sie werden nur mit Zustimmung des Landesarbeitsamtes wirksam. Als Massenentlassungen gelten bereits Kündigungen von mehr als fünf Arbeitnehmern in Betrieben mit mindestens 20 Arbeitnehmern.

Fünf Stunden Haushaltsplan

wl. Bonn, 12. April

In den Abendstunden trat der Bundestag in eine fünfstündige Debatte über den Haushaltsplan des Bundesinnenministeriums ein. Sowohl Innenminister Lehr als auch die SPD betonten dabei die Notwendigkeit eines ausreichenden Verfassungsschutzes. Der Minister wandte sich in scharfen Worten gegen den wiederauftauchenden Radikalismus von rechts und bat das Parlament, es solle ihm durch Verabschiedung der Strafrechtsnovelle recht bald ein scharfes Schwert zum Schutze der Staatssicherheit und der Demokratie in die Hand geben. Von der SPD wurde dem Bundesinnenminister eine loyale Handhabung der Personalpolitik zuerkannt und daher auch eine ebenso loyale Unterstützung unter der Bedingung zugesagt, daß er sein Amt unparteiisch im Geiste des Schutzes der Demokratie gegen links oder rechts ausübe.

Da sich gegen Mitternacht das Haus bis auf etwa 50 Abgeordnete geleert hatte, unterblieb die Abstimmung über den Etat des Innenministeriums.

Nur in Personal- und Sozialfragen

dmt. Köln, 11. April

Die Beamtenschaft der Deutschen Bundesbahn wünsche lediglich eine Einflußnahme der Arbeitnehmer der Personal- und Sozialfragen, teilte der Beamtenbund in Köln mit. Der Bund betonte, die ihm angeschlossenen Gewerkschaften der Bundesbahnbeamten und der Lokomotivführer sei ebenfalls entschieden der Ansicht, daß ein Mitbestimmungsrecht ähnlich wie das für den Bergbau und die eisenschaffende Industrie, für die Bundesbahn nicht in Frage komme.

Korea-Kommunisten?

dmt. Washington, 11. April

Vom amerikanischen Verteidigungsministerium wird die Stärke der kommunistischen Streitkräfte in Korea insgesamt auf annähernd 700 000 Mann geschätzt. Im Laufe der vergangenen Woche sollen wieder erhebliche Truppenverstärkungen festgestellt worden sein. Es wird von 18 neuen Divisionen der chinesischen Kommunisten gesprochen, die in voller Kriegsstärke ungefähr 180 000 Mann umfassen sollen.

UNO-Truppen gestoppt

dmt. Tokio, 12. April

Am Donnerstagfrüh sind die im Mittelabschnitt der Front in Nordkorea vordringenden UNO-Streitkräften von den Kommunisten zum Stehen gebracht worden, deren Widerstand an Stärke alles übertraf, was in den letzten zwei Wochen beobachtet wurde. Unerwartet nördlich von Jongdong auf der Straße nach dem wichtigen kommunistischen Stützpunkt Tschorwon auftauchende chinesische Verbände, die mit automatischen Waffen und Sturmgeschützen ausgerüstet sind, verlegten den UNO-Truppen den Weg.

Der türkischen Brigade gelang es, südostwärts von Tschorwon ein kommunistisches Bataillon von einer Höhe zu vertreiben, auf der es sich in festen Verteidigungsstellungen eingegraben hatte.

Gründgens unterschrieb Vorvertrag

dfa Düsseldorf, 11. April

Gustaf Gründgens hat kurz vor seiner Abreise nach Florenz einen Vorvertrag mit der Neuen Düsseldorfer Theater-GmbH. abgeschlossen. Der endgültige Vertrag soll ausgearbeitet und unterschrieben werden, wenn Gründgens wieder von den Florenzer Musikfestspielen zurückgekehrt ist. Er soll Intendant und Geschäftsführer der Neuen Theater-GmbH. werden, die nur noch das Schauspiel pflegen wird, während Oper und Operette bei der Stadt Düsseldorf verbleiben. Gleichzeitig wurde die „Gesellschaft der Freunde der Düsseldorfer Theater-GmbH." offiziell gegründet und eingetragen.

Kriegsgefangenenlager nachgewiesen

dpa. Bremen, 12. April

Durch die Auswertung der seit Weihnachten vorigen Jahres eingegangenen Kriegsgefangenenpost konnten 85 Kriegsgefangenenlager und Hospitäler in der Sowjetunion ermittelt werden.

Wie der Landesverband Bremen der Heimkehrer, Kriegsgefangenen- und Vermißten-Angehörigen mitteilt, befanden sich unter der Post auch Nachrichten von solchen Kriegsgefangenen, die — als sogenannte Frühverurteilte in Schweigelager gebracht — bisher kein Lebenszeichen geben konnten.

ECA sperrt Marshallplanhilfe

ad. Washington, 11. April

Die ECA hat hier die vorübergehende Einstellung jeder Marshallplanhilfe für Belgien bis befriedigenden Klärung eines Gerichtsverfahrens gegen eine von der belgischen Regierung unterstützte Privatfirma bekanntgegeben. Die Firma beansprucht einen bei der Brüsseler Bank deponierten 7-Millionen-Dollar-Kredit für Griechenland, der zum Ankauf von Eisenbahnschienen bei etwa 20 luxemburgischen und belgischen Firmen bestimmt ist, zur Liquidierung einer vor 25 Jahren aufgelaufenen Schuld der griechischen Regierung.

Wie der stellvertretende ECA-Administrator Paul R. Porter zur Begründung dieses Schrittes erklärte, ist die ECA der Ansicht, daß ERP-Kredite ausschließlich zur Förderung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus und zur Unterstützung des gegenseitigen Verteidigungsprogrammes gewährt würden; die ECA würde einer Verwendung von ERP-Mitteln zur Deckung alter Schulden nicht zustimmen.

Als erste der vier amerikanischen Divisionen wird die über 18 000 Mann starke 4. Infanterie-Division — wahrscheinlich schon innerhalb der nächsten dreißig Tage — in Marsch gesetzt.

17 000 ungarische politische Häftlinge sind in einem Sammellager in der Ukraine zusammengezogen worden, um von dort aus in die Sowjetunion gebracht zu werden.

Bis zur grundsätzlichen Neuregelung der Subventionierung wird das Konsumbrot weiterhin zu einem Preise von 48 bis 50 D-Pfg. je Kilogramm verkauft, wie das Bundesernährungsministerium mitteilte.

Die Stellungnahme des DGB zu dem vom Bundestag verabschiedeten Mitbestimmungsgesetz im Kohlenbergbau und der eisenschaffenden und stahlerzeugenden Industrie wird erst am kommenden Montag erfolgen.

Morrison über Englands Ziele in Korea

Amerikanische Anschauungen entsprechen dem britischen Standpunkt

dmt. London, 11. April

Im Unterhaus nahm Außenminister Morrison am Mittwoch zur Korea-Frage und zur Ablösung des Generals McArthur Stellung. Er erklärte, die britischen Ziele in Korea seien unverändert. Sie gälten der Wiedererrichtung einer Republik Südkorea, dem Widerstand gegen die Aggression, der Schaffung eines freien und geeinten Korea und der Beendigung einer Ausweitung des Konfliktes. Morrison betonte, nicht die Ueberschreitung des 38. Breitengrades sei das Hauptproblem, sondern die Frage, ob die Nordkoreaner und die Chinesen bereit seien, über eine Waffenruhe und eine Regelung der Korea-Frage zu verhandeln. Er hoffe, daß die Ziele auf dem Verhandlungswege erreicht werden könnten, auf die sich so viele Nationen einschließlich der Sowjetunion verpflichtet hätten.

McArthur sei davon unterrichtet gewesen, daß die politischen Ziele der UNO zwar den Widerstand gegen die Aggression notwendig gemacht hätten, daß aber keine Operationen unternommen werden sollten, durch die der Krieg über die Grenzen Koreas hinausgetragen werden könnte. Die britische und die amerikanische Regierung seien sich darin einig. Abschließend würdigte Morrison die Persönlichkeit McArthurs, der sich als glänzender Soldat erwiesen und bei der Bewältigung seiner Besatzungsaufgaben in Japan überragende Fähigkeiten gezeigt habe.

Nur MdB's nach Straßburg

wl. Bonn, 11. April

Bundestagsabgeordnete, die dem Beamten- oder Richterstand angehören, treten mit der Annahme der Wahl in den Ruhestand. Dies besagt das Gesetz über die Regelung der Rechtsverhältnisse von Bundestagsabgeordneten aus dem Beamtenverhältnis, das am Mittwoch vom Bundestag verabschiedet wurde. Mit der Beendigung der Mitgliedschaft im Bundestag tritt der Abgeordnete wieder in das Beamten- oder Richterverhältnis zurück.

Der Bundestag verabschiedete das aus nur einem Paragraphen bestehende Gesetz über die Wahl der Vertreter der Bundesrepublik zur Beratenden Versammlung des Europarates. Das Gesetz bestimmt, daß die deutschen Vertreter aus der Mitte des Bundestages gewählt werden. Der Bundesrat entsendet dagegen keine Vertreter nach Straßburg, wie es ursprünglich beabsichtigt war.

Kein „Fernöstliches München"

wl. Bonn, 11. April

Britische Kreise auf dem Petersberg weisen die Version zurück, als sei General McArthur auf britisches Drängen hin von seinem Kommando enthoben worden. Die britische Haltung gegenüber dem Korea-Problem sei seit langem bekannt und ziele heute noch darauf ab, daß der Konflikt auf Korea begrenzt bleibe. Ganz zweifellos werde die politische Situation im Fernen Osten durch die Abberufung General McArthurs in einer Weise beeinflußt, die im Interesse der Lokalisierung des Konfliktes nur begrüßt werden könne. Die Bemühungen um eine friedliche Beilegung müßten fortgesetzt werden, wenn man auch von britischer Seite jeden Gedanken an einen Frieden um jeden Preis kategorisch ablehne. Es besteht auch nach britischer Auffassung keine Gefahr für ein „Fernöstliches München". General Ridgway genieße das volle Vertrauen der ihm unterstellten UNO-Streitkräfte.

Der französische Ministerrat ermächtigte Ministerpräsident Henri Queuille, am Mittwoch in der Nationalversammlung bei den Abstimmungen über die Regierungsvorschläge zur Erhebung neuer Steuern, die Vertrauensfrage zu stellen. Das Schicksal der Regierung Queuille, die einen Monat im Amt ist, wird damit aufs Spiel gesetzt.

Verschwörung gegen Tito

st. Paris, 12. April

Eine umfassende Razzia, die Ende vorigen Monats in jugoslawischen Kreisen in Frankreich vorgenommen wurde, führte zur Sicherstellung einer Reihe von Dokumenten und zur Verhaftung einer Anzahl Persönlichkeiten, die zum Großteil monarchistischen Kreisen angehören sollen. Bei den Verhafteten soll es sich um Anhänger König Peter II. handeln, die aber nahe Beziehungen zu gewissen Kominformagenten unterhalten. Der Zweck dieser Zusammenarbeit ist die Gründung einer geheimen, royalistisch-kominformistischen Organisation, deren Sitz sich in der Schweiz befinden soll und deren einziger Zweck die „nationale Befreiung Jugoslawiens von der faschistischen Diktatur" Titos ist.

Flüchtlingsproblem bedarf internationaler Lösung

16 ausländische Staaten bei Rot-Kreuz-Konferenz in Hannover

ih. Hannover, 11. April

Für die Eingliederung der Flüchtlinge in die Wirtschaft sei eine Summe von 12 Milliarden D-Mark erforderlich, erklärte Bundesflüchtlingsminister Dr. Lukaschek auf der Konferenz der Liga der internationalen Rote-Kreuz-Gesellschaften, die gegenwärtig unter der Teilnahme von Vertretern von sechzehn ausländischen Staaten in Hannover tagt. Deutschland müßte seine Bemühungen mit denen anderer Nationen vereinen, um aus den besitzlosen Vertriebenen wieder Besitzende zu machen.

Ministerialdirigent Dr. Niddelmann vom Bundesflüchtlingsministerium berichtete, daß zwar 6,3 Milliarden D-Mark bisher für die Vertriebenen ausgegeben worden seien, jedoch auf den einzelnen nur der minimale Betrag von 300 DM pro Kopf und Jahr entfalle, während für die ausländischen Flüchtlinge immerhin 1000 DM pro Kopf und Jahr aufgebracht worden seien. Immer seien noch 900 000 Menschen der Gefahr der völligen Verwahrlosung ausgesetzt.

Ministerpräsident Kopf wies darauf hin, daß von den 3,5 Millionen Flüchtlingen in Niedersachsen heute nur noch 10 000 in Lagern untergebracht seien, nachdem für Wohnungen 665 Millionen DM aufgewendet werden konnten. Der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, Reichsminister a. D. Geßler, betonte, daß es eine Aufgabe für alle Kulturstaaten sei, mit dem Flüchtlingsproblem fertig zu werden.

Für die Glückwünsche und Aufmerksamkeiten anläßlich unserer Goldenen Hochzeit danken wir herzlich.

Albert Wagner und Frau

Halver, im April 1951

Für die vielen Glückwünsche und Aufmerksamkeiten anläßlich unserer Goldenen Hochzeit unseren herzlichen Dank.

Ernst Schreiber und Frau

Löhbach b. Halver, i. April 1951

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme beim Hinscheiden unserer lieben Mutter sagen wir allen herzlichen Dank.

Familie Hermann Schmidt

Romberg, im April 1951
Post Löh

Reichsbund der Kriegs- und Zivilbeschädigten Sozialrentner u. Hinterbliebenen, Ortsbund Halver

Hiermit laden wir zu der am 14. 4. 51, nachmittags um 16 Uhr in den Wirtschaftsräumen d. Strandbades Herpine stattfindenden

Mitglieder-Versammlung

mit Ehrung der Mitglieder, die mehr als 25 Jahre organisiert sind, ein. – Es werden sprechen: Ein Vertreter des Landesverbandes aus Düsseldorf über die allgemeine Lage und Siedlungswesen, sowie der Geschäftsführer des Kreisverbandes Altena Kamerad Jürgens über das Bundesversorgungsgesetz.

Nach der Versammlung gemütliches Beisammensein.

Der Vorstand

HÜHNERAUGEN

Hornhaut, Schwielen u. Warzen beseitigt schmerzlos u. unblutig



In Apotheken und Drogerien erhältlich.

Erhielt besonders schöne früh reife

Oldenburger **Ferkel.**



August Kerspe, Halver,
Telefon 352

Am Samstag, dem 14. April versteigere ich zwangsweise

1 Foto-Apparat „Fineta"
1 Ladenbüfett

gegen Barzahlung. Versammlung der Bieter um 9 Uhr bei Mödler, Gasthaus „Unter den Linden", Halver, Marktstraße 5.

Schoska, Obergerichtsvollzieher.

Bergstadt-Reisebüro
Lüdenscheid am Markt
Telefon 4544

Sa. 21. 4. und So. 22. 4.
Täglich zur
Großen deutsch. Automobil-Ausstellung i. Frankfurt DM 14.-
Messe-Eintrittskarten nur im DER-Büro

Deutsche Industrie-Messe Hannover 29. 4. bis 8. 5. 51
Ab 29. 4. tägl. zur Messe nach Hannover m. bes. Rückfahrt. Lü ab 4 Uhr; Hannover ab 18 Uhr DM **14.–**

Inserieren bringt Gewinn!

Manderbach-Pritschenwagen
mit Plane, 26 000 km gelaufen preiswert zu verkaufen.

Angebote an Ruf Halver 108